

Libyen ist kein Vorbild

Weder militärisch noch »humanitär«: Oppositionelle in Syrien kämpfen für Veränderungen, lehnen aber jede ausländische Einmischung ab. **Von Karin Leukefeld, Damaskus**

Freitag morgen in Damaskus. Die Straßen sind ruhig, nach dem Regen des Vortages sind sie ungewöhnlich sauber gewaschen. In der wärmenden Morgensonne holen die Straßenhändler ihre Waren aus Kartons oder schwarzen Plastiksäcken und sortieren sie ordentlich auf einer Decke auf dem Boden oder auf einem provisorischen Tisch. Zigaretten, zur Feier des Tages auch einige Zigarren, Feuerzeuge verkauft der eine, Strümpfe, Unterwäsche, Schals und Mützen der andere. Angesichts des unsicheren Herbstwetters sind Taschenschirme gefragt, erzählt einer der Straßenhändler, der in Rukn'Deen zu Hause ist. Für nur 100 Syrische Lira (etwa 1,30 Euro) habe er am Vortag gleich drei Stück verkauft, sie seien so billig, weil sie in China hergestellt seien. 18 Jahre habe er in einem Hotel gearbeitet, erzählt der Mann weiter. Das habe nun alle Mitarbeiter auf Teilzeit gesetzt und den Lohn auf 7000 Syrische Pfund (100 Euro) halbiert, seit keine ausländischen Gäste mehr kämen. Alles, was er mit dem Straßenverkauf einnehme, brauche er für die Familie. Geschenke zum Opferfest für die Kinder seien gestrichen.

Zwei Tage vor dem Opferfest, Eid Al-Adha, hoffen auch die Händler in den Einkaufsvierteln Schalan oder auf der Hamrastraße noch auf gute Geschäfte. Schon früh haben sie ihre Läden geöffnet und tauschen mit den Nachbarn letzte Neuigkeiten aus, während die auf Kunden warten. Was früher unmöglich war, ist heute in Syrien Alltag: Man spricht über Politik. »Nicht jeder natürlich«, meint Abu Feras, der Vater von Feras, der mit seinen fast 80 Jahren schon vieles erlebt hat. »Leider informieren sich zu wenige Leute gewissenhaft über das, was geschieht.« Die Einseitigkeit der großen ausländischen Medien, vor allem von Al-Arabiya und Al-Dschasira, sei mindestens ebenso schlimm wie die der staatlichen syrischen Medien.

Protestbewegung und Anhänger eines Reformweges mit Präsident Baschar Al-Assad halten sich ungefähr die Waage, sagt der Geschichtsprofes-



Nein zur Intervention – Hunderttausende Assad-Anhänger protestierten am Donnerstag in der Mittelmeerstadt Tartus

sor George Jabbour. Unmöglich zu sagen, wer mehr Menschen mobilisiert, das würden hoffentlich eines Tages Wahlen in Syrien zeigen. Die Protestbewegung in Syrien vergleicht er mit der Bewegung »Occupy Wallstreet«, die weltweit von sich reden mache. Es sei ein Konflikt zwischen arm und reich, sagt Jabbour, der auch Vorsitzender der Syrischen Gesellschaft für die Vereinten Nationen ist. Eine ausländische Einmischung lehnt er ausdrücklich ab, egal ob sie militärisch oder »humanitär« begründet wäre. Als säkularer Staat hätten gerade die vielen verschiedenen Religionsgruppen in Syrien viel zu verlieren. »Sehen Sie sich Libyen an, wo die neuen Machthaber als erstes die Scharia eingeführt haben, damit Männer wieder vier Frauen heiraten können. Ist das die Freiheit, die der Westen uns wünscht?«

In dem Abkommen mit dem Außenministerkomitee der Arabischen Liga in Kairo hat Syrien sich in dieser Woche zu weitgehenden Zusagen verpflichtet. Die Gewalt soll eingestellt, Soldaten

sollen in die Kasernen zurückgezogen werden. Beginnend mit diesem Samstag vor dem Opferfest sollen alle Gefangenen der vergangenen Monate freigelassen werden, die nicht zu den Waffen gegriffen haben. In zwei Wochen sollen Opposition und Regierung zu einem ersten Dialog zusammenkommen und daran werde man sich beteiligen, sagt Kadri Jamil von der »Volksfront für Veränderung und Befreiung« in Damaskus. Wichtiger aber sei, daß Vertreter der Volksbewegung einbezogen würden, die obwohl von den syrischen Sicherheitskräften verfolgt, von Medien ignoriert würden. Als die Volksfront kürzlich für die Komitees der Volksbewegung eine Pressekonferenz organisierte, seien zwar auch ausländische Medien da gewesen, doch kaum jemand hätte berichtet, sagt Jamil. »Sie berichten nur, was in ihren Plan paßt«, klagt er. »Die westlichen Medien ebenso wie die hiesigen.« Immerhin habe das staatliche Fernsehen die Pressekonferenz und die wichtigsten Forderungen erwähnt, fügt er hinzu. Das sei schon ein Fortschritt.

Diese Volksbewegung organisiere mindestens ein Viertel der Proteste in Syrien, so Jamil weiter. Sie besteht aus Basiskomitees in allen Teilen des Landes. Diese Bewegung agiere ausschließlich friedlich, habe legitime Forderungen und habe Tote und Gefangene zu beklagen. Dennoch sei es gelungen, auf der Pressekonferenz deren Forderungen bekanntzumachen: die Freilassung aller Gefangenen und Wiedergutmachung, Rückzug von Soldaten und Sicherheitskräften, Aufhebung aller Absperrungen um Dörfer oder Städte, Einsetzung einer Untersuchungskommission für alle Gewalttaten. Und: Alle korrupten Strukturen müßten aufgelöst werden. Friedliche Demonstrationen sollten von der syrischen Armee beschützt werden. Eine neue Verfassung müsse die Rechte aller Syrer garantieren, egal, welche Religion, welche ethnische Zugehörigkeit oder welches Geschlecht sie haben. Schließlich weist die Bewegung »jede ausländische Einmischung zurück« und ruft alle Syrer auf, sich für die umfassende nationale Veränderung zu engagieren.

HINTERGRUND Medienkrieg

Pünktlich zu Beginn des Freitagsgedebts in Syrien standen Korrespondenten arabischer und internationaler Satellitensender vor den Kameras in Istanbul, Beirut und an einem kleinen syrisch-jordanischen Grenzübergang vor den Kameras, um zu berichten, ob sich die Führung in Damaskus an die vor wenigen Tagen unterzeichnete Vereinbarung mit der Arabischen Liga hält. Das Freitagsgedebte war noch nicht zu Ende, da ging der Al-Dschasira mit seinen Hauptnachrichten auf Sendung. 50 Minuten wurden Telefongespräche und Handyaufnahmen aus Syrien geschaltet, die berichteten, was die Senderverantwortlichen hören wollten.

Syrische Sicherheitskräfte hätten am Freitag »mindestens sieben Demonstranten« getötet, heißt es bei der Nachrichtenagentur dafd unter Berufung auf Menschenrechtsaktivisten. In Homs seien schon am frühen Morgen zwei Menschen getötet worden, so die Beobachtungsstelle für Menschenrechte in London. Die Kundgebungen in Homs seien groß, so ein anonym »Aktivist« telefonisch: »Sie rufen zum Sturz des Regimes auf und wollen zeigen, daß die Vereinbarung mit der Arabischen Liga ein Witz ist.« In der gleichen Meldung wird Menschenrechtsanwalt Mustafa Osso zitiert mit den Worten: »Das war heute ein echter Test für die Absichten des Regimes, und die Antwort ist jedem ersichtlich, der sie sehen will.« Kaum jemand fand es der Rede wert, daß die syrische Regierung bewaffneten Regierungsgegnern Straffreiheit zugesagt hat, wenn sie ihre Waffen abgeben. Die Zusage gelte bis zum Samstag kommender Woche, berichtete das Staatsfernsehen am Freitag. Wer seine Waffen in der nächstgelegenen Polizeiwache abgebe, sei »sofort frei« – sofern er keine Verbrechen oder Morde begangen hat.

Im Abkommen von Kairo hat Syrien internationalen Medien Bewegungsfreiheit zugesagt. »Sie werden mit eigenen Augen sehen und hören, was die Menschen ihnen zu sagen haben«, meint ein Syrer gegenüber jW, der entnervt den Sender Al-Dschasira gegen einen Musikkanal getauscht hat. Die Einreiseperrre der Regierung für manche Sender kritisiert er ebenso wie deren Berichterstattung. »Aber selbst wenn sie herkommen, folgen sie doch nur ihrem eigenen Plan.« (kl)

»Es geht um sozioökonomische Gerechtigkeit«

In Syrien gibt es Konflikte innerhalb des Regimes wie innerhalb der Opposition. Ein Gespräch mit Kadri Jamil

Wer ist Ihre »Volksfront für Veränderung und Befreiung«?

Die Volksfront wurde erst vor kurzem gegründet und ist eine Allianz aus dem Nationalkomitee für die Einheit der Syrischen Kommunisten und der Syrischen Nationalen und Sozialistischen Partei. Wir haben unsere Gründungserklärung am 9. Juli an den Mauern der Zitadelle von Damaskus abgegeben, am Denkmal für Salahaddin. Als Nationalkomitee für die Einheit der Syrischen Kommunisten haben wir in den letzten zehn Jahren unsere eigene Vision entwickelt – und als nun die Proteste begannen, fanden wir uns ungefragt plötzlich in den vordersten Reihen wieder.

Mit welchen Forderungen und Zielen wollen Sie dieses breite Pro-

Der Ökonom und Marxist Kadri Jamil gehört zum Nationalkomitee für die Einheit der Syrischen Kommunisten, das sich im Juli mit der Syrischen Nationalen und Sozialistischen Partei zur Volksfront für Veränderung und Befreiung zusammenschlossen hat

testspektrum zusammenführen?

Die finden sich in dem Namen der Volksfront: Veränderung und Befreiung, beides steht in dialektischer Verbindung. Das Leben hat gezeigt, daß die Befreiung besetzten Bodens im Kampf gegen die amerikanischen und zionistischen Interessen in der Region nicht erreicht werden kann, ohne eine starke, politische Struktur in Syrien zu haben. Diese muß verändert werden, was wiederum ohne die Umsetzung der allgemeinen, nationalen Ziele nicht

erreicht werden kann. Obwohl es die Volksfront erst seit kurzem gibt, ist sie heute einer der Protagonisten der syrischen nationalen Opposition.

Worum geht es bei den Protesten?

Es geht um sozioökonomische Fragen, um Verteilung, Umverteilung, um Investitionen und Gewinne. Früher kamen Investitionen aus der Sowjetunion und vom Golf. In den letzten Jahren suchte das Regime nach neuen Quellen. Ermuntert vom Westen schaffte es die staatliche Planwirtschaft ab und liberalisierte die Ökonomie. Damit lud Damaskus ausländisches Kapital ein, in Syrien zu investieren, während die eigene Wirtschaft immer schwächer wurde. Das Wesen der syrischen Wirtschaft muß sich ändern, sie muß produktiv werden. Die Korruption muß verschwinden. Das ist der Kern des

Krieges, der sich hier abspielt.

Die Demonstranten verlangen aber »Freiheit und Demokratie«.

Die Forderung nach politischen Reformen ist oberflächlich. Sie ist nur ein Werkzeug, um ein Ziel zu erreichen. Manche wollen Reformen, um den Reichtum unter den Reichen zu verteilen. Wenn man das versteht, versteht man die Gründe hinter den Konflikten, die jetzt zwischen verschiedenen Volks- und Religionsgruppen geschürt werden. Die Diebe aus der Religionsgruppe, die in Syrien in der Minderheit ist (Aleviten, jW) haben kein Interesse an Reformen. Die Diebe aus der Religionsgruppe, die die Mehrheit stellt (Sunniten, jW) wollen nur deswegen Reformen, weil sie ihren Anteil haben wollen. Beide Seiten benutzen ihre armen Bevölkerungsgruppen, um diesen

Krieg anzufeuern. Beiden würde eine internationale Intervention helfen zu überleben. Sie könnten behalten, was sie gestohlen haben, sie müßten niemandem Rechenschaft ablegen.

Was fordern Sie?

Wir fordern den Reichtum der Reichen an die Armen zu verteilen. Man darf den Konflikt in Syrien nicht oberflächlich betrachten. Es geht nicht um »die Straße« und »das Regime« oder um »die Opposition« und »das Regime«, nein. Es gibt einen Konflikt im Regime, es gibt einen Konflikt in der Opposition, und es gibt Widersprüche in der Volksbewegung. Jede Gewaltanwendung, sei es vom Regime oder von der Straße, verschärft diese Konflikte. Gewalt soll nur verdecken, worum es eigentlich geht: um sozioökonomische Gerechtigkeit.

Interview: Karin Leukefeld, Damaskus